
10 24 13 KS/Sc

1. September 2009

Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch,
dem 26. August 2009, um 17.00 Uhr, im Ratssaal, Schillerstraße 4

Anwesend:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Helmut Reichling als Vorsitzender
Bürgermeister Heinz Heller
Beigeordneter Rolf Franzen

und folgende Ratsmitglieder:

- 1 Ballbach Thomas
- 2 Dr. Bock Reinhard
- 3 Cleemann Evelyne
- 4 Danner Hedi (bis 21.37 Uhr, TOP II/4)
- 5 Dettweiler Kurt
- 6 Düker Bernhard
- 7 Eckerlein Thomas
- 8 Gauf Christian
- 9 Dr. Gensch Christoph (bis 19.25 Uhr, TOP I/15)
- 10 Graßhoff Martin (ab 17.06 Uhr, TOP I/2, bis 21.38 Uhr, TOP II/4)
- 11 Gries Thorsten
- 12 Hahn Günter
- 13 Dr. Hitschler Walter
- 14 Kaiser Ingrid (bis 21.24 Uhr, TOP II/2)
- 15 Kirchner Annegret
- 16 Krauskopf Hanne (bis 21.33 Uhr, TOP II/3)
- 17 Kretschmar Uwe (ab 17.04 Uhr, TOP I/2, bis 21.35 Uhr, TOP II/3)
- 18 Kroh Jürgen
- 19 Metzger Elisabeth (bis 21.33 Uhr, TOP II/3)
- 20 Moulin Stephane
- 21 Nunold Matthias
- 22 Dr. Ohler Wolfgang (ab 17.08 Uhr, TOP I/2)
- 23 Dr. Pohlmann Norbert
- 24 Rauch Christina
- 25 Reich Josef (bis 20.37 Uhr, Ende des öffentlichen Teils)

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

- 26 Rimbrecht Walter
- 27 Ruf Achim
- 28 Dr. Runge Dietmar
- 29 Schanne-Raab Gertrud
- 30 Scherer Richard (bis 21.35 Uhr, TOP II/3)
- 31 Schiller Eckhart
- 32 Schneider Dirk
- 33 Schönborn Peter (bis 21.37 Uhr, TOP II/4)
- 34 Stauch Hanne
- 35 Streuber Elke (bis 20.20 Uhr, TOP I/19)
- 36 Wilhelm Sabine (bis 18.32 Uhr, TOP I/12)
- 37 Zahler Kurt

Es fehlten entschuldigt:

Presl Fritz
Reitnauer Oliver
Scharfenberger Florian

Außerdem waren anwesend:

Amt 10 – Herr Körner und Frau Schwab
Amt 11 – Herr Seib und Frau Surkovic
Amt 14 – Herr Hudlet
Amt 20 – Herr Kaufmann
Amt 30 – Herr Schmidt und Frau Dr. Bucher
Amt 32 – Herr Holderbaum
Amt 51 – Herren Wilhelm und Burkey
Amt 60 – Herren Morscher, Conrad, Ehrmann und Holzwarth
I – Frau Vogel
EBZ – Herr Boßlet
Gleichstellungsstelle – Frau Kuppitz
Personalrat – Herr Kallenbrunnen und Frau Heb
Ortsvorsteher Hüther

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Verpflichtung von Ratsmitgliedern
- 2 Resolution zur Reaktivierung und Modernisierung der Bahnstrecke Homburg-Zweibrücken
- 3 Regelung der Dezernatsverteilung;
Bildung und Übertragung von Geschäftsbereichen nach § 50 Abs. 4
Gemeindeordnung auf den Bürgermeister und den Beigeordneten
- 4 Vollzug der Ausbauplanung der Kindertagesstätten-Betreuungsplätze;
Bildung eines Ausschusses „KiTa-Kommission“
- 5 Ausbauperspektive des Kinderbetreuungsangebotes für unter Dreijährige in der
KiTa „Arche Kunterbunt“, Hilgardstraße 6;
Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt Zweibrücken
- 6 Nachtrag zum Stellenplan 2009
- 7 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO;
Annahme von Spenden
- 8 Neuaufstellung Landesentwicklungsprogramm (LEP IV);
Information
- 9 Erhöhung der Mitgliederzahl des Sportausschusses
- 10 Bildung und Ergänzung von Ausschüssen
- 11 Wahl des Beirates für Migration und Integration;
Festlegung eines Wahltermins
- 12 Bewerbung als Austragungsort der Landesgartenschau 2014
(Antrag der FDP-Fraktion vom 10.08.2009)
- 13 a) Änderung der Ausbaubeitragsatzung der Stadt Zweibrücken durch die
Einführung wiederkehrender Beiträge;
Vorausgehende Beratung der Kernelemente einer Ausbaubeitragsatzung
mit wiederkehrenden Beiträgen und Information der Bürger
b) Vorbereitung der Bürgerbefragung zum Thema wiederkehrende Beiträge;
Auftrag an die Verwaltung
- 14 Nutzung von Abwasser im städtischen Kanalnetz zur Wärmeenergienutzung
(Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2009)

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

- 15 Einweihung des „Paul-Strauß-Platz“ am 29.08.2009 in Ernstweiler
- 16 a) Beschränkung von Nazi-Auftritten in Zweibrücken
b) Einrichtung eines Runden Tisches zur Diskussion und Klärung eines einheitlichen Vorgehens gegen die rechte Szene in Zweibrücken
- 17 Verkehrsberuhigung in der Jakob-Leysen-Straße
- 18 Über- und außerplanmäßige Ausgaben
- 19 Anfragen von Ratsmitgliedern

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit des Stadtrates sowie die form- und fristgerechte Einladung der Ratsmitglieder fest.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 20.37 Uhr. Nach einer Pause wird der nicht-öffentliche Teil der Sitzung um 20.48 Uhr eröffnet.

I. **Öffentlicher Teil**

Punkt 1: Verpflichtung von Ratsmitgliedern

Der Vorsitzende erklärt, dass noch die Verpflichtung des Ratsmitgliedes Scherer ausstehe. Sodann weist er diesen auf die Bestimmungen der Gemeindeordnung zu den Pflichten der Ratsmitglieder, wie Schweigepflicht, Treuepflicht und Sonderinteresse hin.

Im Anschluss daran verpflichtet Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling Ratsmitglied Scherer durch Handschlag.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass das Ratsmitglied Zahler, welches ebenfalls in der ersten Stadtratssitzung nicht anwesend war, in der Personalausschusssitzung am 25. August 2009 verpflichtet worden sei.

Verteiler:

11 – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 2: Resolution zur Reaktivierung und Modernisierung der Bahnstrecke Homburg-Zweibrücken

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 31 und erklärt, dass diese auf einem Entwurf und einer Begründung des Arbeitskreises zur Reaktivierung der Bahnstrecke Homburg-Zweibrücken beruhe. Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling begrüßt den anwesenden Vertreter des Arbeitskreises, Herrn Franck und bedankt sich für die Vorarbeit des Arbeitskreises. Das besondere dieser Resolution sei, dass sich außer der Stadt Zweibrücken noch weitere Gebietskörperschaften und Organisationen beteiligen.

Ratsmitglied Schanne-Raab schlägt vor, den vorletzten Absatz der Resolution zur Verstärkung des Anliegens noch um die Formulierung „daher fordern die Unterzeichner, dass die Landesregierung nicht mehr länger zögert, sondern die nötigen Schritte unternimmt, um die S-Bahnverbindung zwischen Homburg und Zweibrücken herzustellen und eine Inbetriebnahme bis 2015 zu ermöglichen“ zu erweitern.

Ratsmitglied Dettweiler erklärt, dass er den Änderungsantrag von Ratsmitglied Schanne-Raab für gut erachte; es sei wichtig, diese Sache voranzubringen und sowohl in Mainz als letztendlich auch in Berlin Druck auszuüben. In diesem Zusammenhang kritisiert Ratsmitglied Dettweiler, dass das Landesentwicklungsprogramm (TOP I/8) die Strecke Zweibrücken-Homburg nicht als überregionale Verbindung ansehe.

Ratsmitglied Schiller schließt sich den Ausführungen der Ratsmitglieder Schanne-Raab und Dettweiler an. Bezug nehmend auf die Darstellungen im Landesentwicklungsprogramm erklärt er, dass man ggf. in einem zweiten Schritt gegenüber der Landesregierung deutlich machen müsse, dass die darin gegenüber gestellten Strecken Zweibrücken-Homburg und Queichtalbahnstrecke nicht miteinander vergleichbar seien.

Ratsmitglied Dr. Runge erklärt, dass die FDP-Fraktion noch weitere vier Unterstützer der Resolution benennen möchte; dies seien die Uniklinik Homburg, die beiden Krankenhäuser in Zweibrücken sowie die niedergelassene Ärzteschaft in Zweibrücken und Homburg.

Ratsmitglied Wilhelm erklärt, dass die SPD-Fraktion die Resolution begrüßt. Das Mitglied des Landtages und Ratsmitglied Presl habe sich bereits auf Landesebene für diese Resolution eingesetzt. Sie selbst werde sich nach den Bundestagswahlen als Abgeordnete für dieses Anliegen einsetzen.

Ratsmitglied Dr. Bock führt Bezug nehmend auf die Ausführungen von Ratsmitglied Dettweiler aus, dass eine S-Bahn der Inbegriff einer regionalen Bahnverbindung sei und deshalb die Frage der Qualität einer überregionalen Verbindung nicht zur Diskussion stehe. Darüber hinaus müsse im vorletzten Absatz auf der ersten Seite der Resolution der Text dahingehend abgeändert werden, dass verbindliche Stellungnahmen sowohl der rheinland-pfälzischen als auch der saarländischen Landesregierung gefordert werden.

Ratsmitglied Schiller führt aus, dass der Text so richtig sei, da vorerst nur die Landesregierung in Mainz zur Initiativergreifung aufgefordert sei.

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Der Vorsitzende erklärt, dass er die Resolution auch dem saarländischen Verkehrsminister vorlegen werde, da zum einen die Strecke größtenteils im Saarland verlaufe und zum anderen auch saarländische Gebietskörperschaften die Resolution unterstützen.

Ratsmitglied Düker schließt sich der Meinung von Ratsmitglied Dr. Bock an und erklärt, dass der vorletzte Absatz in Zusammenhang mit dem ersten Absatz der Resolution zu sehen sei; dort seien beide Landesregierungen angesprochen.

Ratsmitglied Rimbrecht erläutert, dass es für den Wirtschaftsstandort Zweibrücken sehr schädlich sei, dass keine Fernverbindungen existierten. Man müsse sich deshalb zum Ziel setzen, Fernverbindungen ab Zweibrücken anbieten zu können. Die Landesregierung in Mainz werde dabei die Initiative ergreifen, die saarländische Landesregierung müsse aber auch mit integriert werden.

Ratsmitglied Kaiser führt aus, dass ihrer Ansicht nach sowohl die rheinland-pfälzische als auch die saarländische Landesregierung zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert werden sollen und die Landesregierung in Mainz anschließend die Initiative ergreift, sobald die saarländische Landesregierung ihre Zustimmung signalisiert hat.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Die Resolution zur S-Bahn-Verlängerung Homburg-Zweibrücken wird um den Änderungsvorschlag von Ratsmitglied Schanne-Raab erweitert.

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

60 – 1 x

**Punkt 3: Regelung der Dezernatsverteilung;
Bildung und Übertragung von Geschäftsbereichen nach § 50 Abs. 4
Gemeindeordnung auf den Bürgermeister und den Beigeordneten**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 27 und erklärt, dass er vorab zu dieser Dezernatsverteilung die Zustimmung des Stadtvorstandes und des Ältestenrates erhalten habe.

Ratsmitglied Dettweiler erklärt, dass sich die FWG-Fraktion gegen die vorgeschlagene Dezernatsverteilung aussprechen werde. Er betont, dass es dabei nicht um die Person von Bürgermeister Heller gehe. Die FWG-Fraktion lehne die Kombination von Bauamt und EBZ in einem Dezernat ab, denn durch die Zusammenführung von diesen beiden Bereichen fehle die nötige Kontrollfunktion.

Ratsmitglied Schiller führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Vorschlag zur Dezernatsverteilung zustimmen werde.

An dieser Stelle solle jedoch klargestellt werden, dass sich der Beigeordnete Franzen, entgegen der Darstellung in der Presse, nicht gegen eine Übernahme des Bauamtes gewehrt habe. Die CDU habe von Anfang an erklärt, dass Beigeordneter Franzen sich durchaus die Führung eines Dezernats mit Stadtwerke, EBZ und Bauamt vorstellen könne.

Ratsmitglied Schanne-Raab erläutert, dass die Fraktion Grüne Liste stets signalisiert habe, dass sie sich mit einem Vorschlag zur Dezernatsverteilung einverstanden erklärt, sofern dieser Vorschlag von allen betroffenen Dezernenten mitgetragen wird. Da eine Einigung vorliegend zu Stande gekommen sei, werde die Fraktion Grüne Liste der Dezernatsverteilung zustimmen.

Bezug nehmend auf das Dezernat II erklärt Ratsmitglied Schanne-Raab, dass zwar eine logische Verbindung zwischen Bauamt, EBZ und Stadtwerke zu erkennen sei, jedoch das darüber hinaus aufgeführte Kultur- und Verkehrsamt in dieser Kombination keine logische Ergänzung bilde.

Gleichwohl passe das Kultur- und Verkehrsamt zu Bürgermeister Heller, da dieser gerne in diesem Bereich arbeite.

Der Vorsitzende erläutert, dass Ratsmitglied Schanne-Raab dies richtig dargestellt habe. Das gelte um so mehr, als im nächsten Jahr das Jubiläum Herzogtum Pfalz-Zweibrücken anstehe und Bürgermeister Heller das Kulturamt mit Herzblut vertrete.

Ratsmitglied Kaiser führt aus, dass sie sich den Ausführungen von Ratsmitglied Schanne-Raab und dem Vorsitzenden anschließe. Im Dezernat II sei ein Synergieeffekt zwischen Bauamt, EBZ und Stadtwerke zu sehen; das Kultur- und Verkehrsamt bilde dazu jedoch keine inhaltliche Ergänzung. Dennoch sei es gerade im Hinblick auf das im nächsten Jahr anstehende Jubiläum wichtig, dass das Kultur- und Verkehrsamt weiter in der Hand von Bürgermeister Heller bleibt, zumal dieser im Bereich der Kultur insbesondere im Kunstverein und bei Ausstellungen sehr engagiert sei und Zweibrücken damit über die Grenzen der Region hinaus bekannt gemacht habe. Die FDP-Fraktion werde der Dezernatsverteilung insgesamt zustimmen, da sie sach- und nicht personenbezogen sei. Hervorzuheben sei auch, dass in dem von Beigeordneten Franzen geführten Dezernat III eine gute Zusammenführung von Jugendamt und Sozialamt gelungen sei, da sich diese Themenbereiche häufig überschneiden.

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Im Übrigen bestätige sie die soeben von Ratsmitglied Schiller gemachten Ausführungen in Bezug auf den Beigeordneten Franzen.

Dass das Bauamt nun künftig von Bürgermeister Heller geführt werde, sei mit Hinblick auf die Stärke der SPD-Fraktion richtig. Als stärkste Fraktion müsse sie auch die größte Verantwortung tragen.

Ratsmitglied Schneider erklärt, dass die SPD-Fraktion über die getroffene Dezernatsverteilung froh sei und durch die Zusammenführung von Bauamt, EBZ und Stadtwerke ein guter Beitrag zu mehr Bürgerzufriedenheit geleistet werden könne.

Ratsmitglied Nunold erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE die Dezernatsverteilung begrüße; insbesondere im Dezernat II sei durch die Kombination von Bauamt, EBZ und Stadtwerke in der Führung von Bürgermeister Heller eine gute Entscheidung getroffen worden. Auch das im Dezernatsbereich von Bürgermeister Heller befindliche Kultur- und Verkehrsamt sei dort richtig aufgehoben, da Bürgermeister Heller die Kultur am Herzen liege. Weiterhin sei im Dezernat III mit der Zusammenführung von Sozialamt und Jugendamt eine gute Entscheidung getroffen worden.

Der Stadtrat fasst folgenden

B e s c h l u s s :

Der der Stadtratsdrucksache Nr. 27 beigefügten Dezernatsverteilung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen

0 Enthaltungen

w 2 Nein-Stimmen

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 4: Vollzug der Ausbauplanung der Kindertagesstätten-Betreuungsplätze; Bildung eines Ausschusses „KiTa-Kommission“

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den zuständigen Beigeordneten Franzen.

Beigeordneter Franzen verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 34 sowie die Ergänzung zu dieser Stadtratsdrucksache.

Im Frühjahr sei die „KiTa-Kommission“ auf Antrag FDP-Fraktion ins Leben gerufen worden. Sie widme sich der Problematik in Zusammenhang mit der Umgestaltung der Zweibrücker Kindertagesstätten im Hinblick auf die gesetzlichen Vorgaben im Rahmen der U 3-Betreuung und der Betreuung noch jüngerer Kinder ab dem Jahr 2013. Die KiTa-Kommission habe sich bewährt und die Mitglieder hätten vereinbart, dass die KiTa-Kommission auch nach den Wahlen bestehen bleiben soll.

Beigeordneter Franzen stellt einen Vergleich zu dem damaligen Projektausschuss Festhalle her, welcher besonders intensiv im Hinblick auch auf Vergabefragen getagt habe und es ermöglicht habe, mit Blick auf Sitzungstermine schnell und flexibel zu reagieren. Diesem Beispiel folgend soll nun der Ausschuss KiTa-Kommission gebildet werden. Bezug nehmend auf die in der Ergänzung zur Stadtratsdrucksache Nr. 34 aufgeführten Vorschläge teilt Beigeordneter Franzen mit, dass nun auch die SPD-Fraktion die von ihr zu entsendenden Mitglieder benannt habe. Es handele sich dabei um die Ratsmitglieder Hanne Krauskopf, Elke Streuber und Thorsten Gries.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

- 1 Gemäß § 44 GemO wird ein Ausschuss gebildet; der Ausschuss trägt die Bezeichnung „KiTa-Kommission“.
- 2 Dem Ausschuss werden zur abschließenden Entscheidung anstelle des Stadtrates die unter B der Stadtratsdrucksache Nr. 34 aufgeführten Aufgaben übertragen. Die Zuständigkeit der KiTa-Kommission geht insoweit der Zuständigkeit anderer Ausschüsse vor. Unberührt bleiben durch gesetzliche Vorschriften übertragene Zuständigkeiten.
- 3 Der Ausschuss besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und 9 stimmberechtigten Ratsmitgliedern (SPD 3, CDU 2, FDP 1, FWG 1, Grüne Liste 1, DIE LINKE 1) sowie 5 nicht stimmberechtigten Vertretern der freien Träger von Kindertagesstätten (katholische Kirche 2, protestantische Kirche 2, Caritas 1).
- 4 Der Ausschuss gehört zu dem Dezernat des Jugendamtes, Ausschussvorsitzender ist dessen Dezernent. Stellvertretender Ausschussvorsitzender ist der Dezernent des Bauamtes.
- 5 Die in der Ergänzung zur Stadtratsdrucksache Nr. 34 vorgeschlagenen Ratsmitglieder sowie die von Beigeordnetem Franzen verlesenen von der SPD-Fraktion entsandten Ratsmitglieder werden als Mitglieder des Ausschusses „KiTa-Kommission“ gewählt.

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

51 – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 5: Ausbauperspektive des Kinderbetreuungsangebotes für unter Dreijährige in der KiTa „Arche Kunterbunt“, Hilgardstraße 6; Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt Zweibrücken

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den zuständigen Beigeordneten Franzen. Beigeordneter Franzen verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 35 und führt ergänzend aus, dass im Zuge der Ausbauplanung für Kinder U 3 mit allen Trägern von Kindertagesstätten Gespräche geführt worden seien. Dabei habe sich gezeigt, dass alle Träger die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Aufnahme von Kindern U 3 und später der noch kleineren Kinder erfüllen wollten. Es habe sich jedoch herauskristallisiert, dass es Probleme in der Kindertagesstätte „Arche Kunterbunt“, welche unter der Trägerschaft der evangelisch-methodistischen Kirche gestanden habe, gebe. Diesbezüglich verweist Beigeordneter Franzen auf die in der Stadtratsdrucksache Nr. 35 aufgeführte Historie. Sodann habe das Landesjugendamt auf Bitten des genannten Trägers zusammen mit der Verwaltung eine Begehung in der Kindertagesstätte durchgeführt. Die evangelisch-methodistische Kirche hätte in den Kindergarten gerne zwei kleine altersgemischte Gruppen geführt. Es habe sich jedoch gezeigt, dass eine räumliche Erweiterung nicht genehmigungsfähig sei. Seitens des Landesjugendamtes wäre lediglich die Führung einer kleinen altersgemischten Gruppe bei entsprechender Sanierung möglich gewesen. Dazu habe der Träger jedoch erklärt, dass eine eingruppige Betriebsführung für ihn aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Betracht komme.

Die Stadtverwaltung und der Träger haben sich im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips daraufhin verständigt, dass die „Arche Kunterbunt“ in die Trägerschaft der Stadt übergehen solle, falls sich dazu kein anderer Träger bereiterklärt.

In einer Sondersitzung der KiTa-Kommission am 27. Mai habe man die Situation entsprechend dargestellt. Der dabei auch anwesende Träger der Kindertagesstätte habe ausgeführt, dass er die gefundene Lösung für eine sinnvolle Entscheidung halte. Die KiTa-Kommission habe sodann einstimmig erklärt, dass sie die Übernahme der KiTa „Arche Kunterbunt“ in die Trägerschaft der Stadt Zweibrücken befürworte, sofern sich kein anderer Träger finde. Bei einer am 16.06.2009 durchgeführten Elternversammlung seien erstmals Bedenken hinsichtlich einer möglichen Schimmelpilzproblematik geäußert worden. Daraufhin seien die erforderlichen Untersuchungen angeordnet worden, wobei sich herausgestellt habe, dass die Belastungen in der Kindertagesstätte als sehr hoch einzustufen seien. Als Konsequenz sei die Unterbringung des Kindergartens in neuen Räumlichkeiten erforderlich gewesen.

Beigeordneter Franzen nimmt Stellung zu der aufgetretenen Kritik, weshalb andere Gremien nicht über das Vorgehen informiert worden seien. Er erklärt, dass dies auf den zeitlichen Ablauf der Angelegenheit zurückzuführen sei. Die für den 3. Juni 2009 anberaumte Stadtratssitzung habe nicht stattgefunden. Im Anschluss daran seien die Wahlen durchgeführt worden und erst am 16.06.2009 sei erstmals die Problematik der Schimmelpilzbelastung angesprochen worden. Ab dem 30.06.2009 hätten dann keine Sitzungen der Gremien mehr stattgefunden. Deshalb habe die Stadt die Angelegenheit selbst in die Hand genommen und versucht gut umsetzbare und schnelle Lösungen zu finden, die auch im Hinblick auf die Kosten verträglich sind. Beispielsweise seien die leer stehenden Räumlichkeiten des McDonalds in Betracht gezogen worden; dies hätte jedoch Kosten in Höhe von 114.000,00 € verursacht. Wobei fraglich sei, ob es bei diesen Kosten auch geblieben wäre. Gleiches gelte für die weiterhin angedachte Containerlösung auf dem Exe mit Kosten in Höhe von 90.000,00 €. Die jetzt gefundene Lösung, den Kindergarten im Erdgeschoss des

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Helmholtz-Gymnasiums bis zur Fertigstellung des Neubaus unterzubringen, stelle eine sinnvolle Entscheidung dar.

Auch die Schule selbst habe sich mit der Umgestaltung der Räumlichkeiten einverstanden erklärt, denn sie selbst kann diese Räumlichkeiten im Anschluss schulisch gut nutzen. Es seien etwa 50.000,00 € investiert worden. Darüber hinaus hätten andere Kindertagesstätten Dinge zur Verfügung gestellt, die sie selbst nicht mehr benötigten. Beigeordneter Franzen hebt hervor, dass mit den getätigten Investitionen in Eigentum der Stadt und somit nachhaltig investiert worden sei. Auch die Problematik hinsichtlich der Musikgruppen sei gut gelöst worden.

Ratsmitglied Rimbrecht dankt dem Beigeordneten Franzen für die sehr guten Ausführungen und hebt hervor, dass die Stadt vorliegend sehr schnell und gut auf die Situation reagiert habe.

Ratsmitglied Schiller erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Ratsmitglied Schneider lobt das Jugendamt für die schnelle Reaktion, welche auch im Sinne der Eltern gewesen sei.

Beigeordneter Franzen schließt sich dem an und erklärt, dass ebenfalls das Bauamt in dieser Angelegenheit sehr gute Arbeit geleistet habe.

Ratsmitglied Kaiser führt aus, dass sie sich die Räumlichkeiten des Kindergartens im Helmholtz-Gymnasium angesehen habe und das Ergebnis sehr gelungen sei. Man habe in dem alten Filmsaal sehr große Fenster eingebaut, weshalb der Raum gut mit Licht durchflutet sei. Unbefriedigend sei jedoch die Stelle (ehemalige Raucherecke), an welcher die Kinder ins Freie gelangten; dort sehe sie Nachholbedarf.

Im Übrigen merke man in der Schule nicht, dass der Kindergarten da ist; der Schulbetrieb werde in keiner Weise gestört.

Der Personalratsvorsitzende, Herr Kallenbrunnen, nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 4 und erklärt, dass es dort einige Punkte gebe, welche eine Beteiligung des Personalrates erforderlich machten; dies sei beispielsweise der Fall, wenn es um Öffnungszeiten, Gruppenstrukturen und Umbaumaßnahmen gehe. Der Personalrat sei über entsprechende Maßnahmen rechtzeitig zu informieren.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Entsprechend der Empfehlung der KiTa-Kommission vom 27.05.2009 wird der Übernahme der Kindertagesstätte „Arche Kunterbunt“ der evangelisch-methodistischen Kirche in die Trägerschaft der Stadt Zweibrücken zugestimmt.

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

51 – 1 x

60 – 1 x

Personalrat – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 6: Nachtrag zum Stellenplan 2009

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 23 und erklärt, dass der Personalausschuss in seiner Sitzung am 25.08.2009 eine einstimmige Empfehlung abgegeben habe.

Beigeordneter Franzen führt aus, dass der Nachtrag zum Stellenplan 2009 Ausfluss der im vorhergehenden Tagesordnungspunkt getroffenen Entscheidung sei, die Kindertagesstätte „Arche Kunterbunt“ in die Trägerschaft der Stadt Zweibrücken zu übernehmen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Der Nachtrag zum Stellenplan 2009 wird entsprechend der Empfehlung des Personalausschusses in der vorgelegten Fassung beschlossen.

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

11 – 1 x

14 – 1 x

20 – 1 x

51 – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 7: Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 26.

Ratsmitglied Schanne-Raab führt aus, dass die große Spende der GeWoBau GmbH Zweibrücken für das im nächsten Jahr anstehende Jubiläum des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken sehr erfreulich sei.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

B e s c h l u s s :

Der Stadtrat stimmt der Annahme der Spenden zu.

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

14 – 1 x

20 – 1 x

40 – 1 x

41 – 1 x

51 – 1 x

GeWoBau – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 8: Neuaufstellung Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) **- Information**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 41.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt, dass er überrascht sei, da sich der Stadtrat mit dem Landesentwicklungsprogramm IV bislang noch nicht befasst habe; damals habe das Landesentwicklungsprogramm lediglich als Entwurf vorgelegen, welcher sich von dem nun vom Landtag beschlossenen Landesentwicklungsprogramm erheblich unterschieden habe.

Ratsmitglied Dr. Hitschler führt weiter aus, dass er insbesondere auf Ziffer 4.1 des Landesentwicklungsprogramm hinweisen möchte, welche sich auf den großflächigen Einzelhandel beziehe. Dort werde erklärt, dass die angesprochene Aufgabe zunächst im Rahmen der kommunalen Planungshoheit zu lösen sei. Dazu wolle er anmerken, dass noch die zwei Entscheidungen bezüglich der Gewerbegebiete Niederauerbach und am Etzelweg ausstünden. In beiden Fällen handele es sich um eine Umsiedlung von Einzelhandelsbetrieben innerhalb des ausgewiesenen Bebauungsplanes. Der Stadtrat habe durch Beschluss ermöglicht, dass umgesiedelt werden könne, wenn an der bisherigen alten Stelle kein Einzelhandel betrieben werde. Darüber hinaus sei eine zusätzliche Fläche von 10 % beschlossen worden. Das Landesentwicklungsprogramm gehe beim Einzelhandel, der als Vollsortiment betrieben wird, inzwischen von ganz anderen Quadratmeterzahlen aus, welche eine Umsiedlung im Gewerbegebiet Süd am Etzelweg zulassen würden.

Ratsmitglied Dr. Hitschler richtet deshalb die Bitte an Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling, dass er eine Arbeitsgruppe – bestehend aus den Vertretern aller im Stadtrat vertretenen Fraktionen, dem Bauamt und der Verwaltungsspitze – bilde, welche an der Lösung dieser beiden noch ausstehenden Fragen arbeite.

Der Vorsitzende erklärt, dass er den Vorschlag von Ratsmitglied Dr. Hitschler zur Einrichtung der Arbeitsgruppe aufgreifen und dies im nächsten Ältestenrat besprochen werde. Darüber hinaus sei der Entwurf des Landesentwicklungsprogramms IV im Jahr 2007 im Bauausschuss bearbeitet worden.

Ratsmitglied Schanne-Raab kritisiert die im Landesentwicklungsprogramm unter Ziffer 6.1 vorgenommene Einschätzung des Schienennetzes in dieser Region. Das was im Landesentwicklungsprogramm vorgesehen sei, sei für die Entwicklung der Westpfalz nicht förderlich.

Darüber hinaus nimmt sie Bezug auf Ziffer 5.2 des Landesentwicklungsprogramms und bittet in diesem Zusammenhang um Vorlegung eines Sachstandsberichts zu den getroffenen Hochwasserschutzmaßnahmen.

Ratsmitglied Rimbrecht schließt sich den Ausführungen von Ratsmitglied Schanne-Raab in Bezug auf die im Landesentwicklungsprogramm enthaltenen Darstellungen zum Schienennetz an. Es sei ein Widerspruch in sich, dass die Schienenstrecke die Qualitätsanforderungen einer überregionalen Verbindung nicht erfülle und deshalb weiterhin eine regionale Verbindung bleiben müsse. Es sei dringend erforderlich die Strecke so auszubauen, dass die Anforderungen einer überregionalen Verbindung erfüllt werden.

Verteiler:
60 – 1 x
EBZ – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 9: Erhöhung der Mitgliederzahl des Sportausschusses

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 33 und übergibt das Wort sodann an den zuständigen Beigeordneten Franzen.

Beigeordneter Franzen erklärt, dass im Sportausschuss die Sachlage mit der des Jugendhilfeausschusses zu vergleichen sei. Auch hier müsse eine Erhöhung der durch den Stadtrat zu entsendenden Mitglieder erfolgen, damit alle im Rat vertretenen Gruppen mit mindestens einem Mitglied dem Sportausschuss angehören können.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Die Anzahl der durch den Stadtrat in den Sportausschuss zu entsendenden Mitglieder wird auf 11 erhöht; die Gesamtmitgliederzahl erhöht sich deshalb auf 16 Mitglieder.

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

40 – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 10: Bildung und Ergänzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 32.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Als Mitglieder des Sportausschusses werden die in der Anlage zur Stadtratsdrucksache Nr. 32 aufgeführten Personen gewählt. Den in der Stadtratsdrucksache Nr. 32 aufgeführten Änderungen in der Besetzung des Psychiatriebeirates und des Hauptausschusses wird zugestimmt.

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

40 – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 11: Wahl des Beirates für Migration und Integration; Festlegung eines Wahltermines

Der Vorsitzende verweist auf Stadtratsdrucksache Nr. 25.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Schiller erläutert der Vorsitzende, dass das aktive Wahlrecht nur Deutschen mit Migrationshintergrund zustehe. Was das passive Wahlrecht anbelangt, werde die Sachlage geprüft werden und den Fraktionen eine Stellungnahme zugehen.

Ratsmitglied Dr. Bock fragt an, wann Migrationshintergrund vorliege.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling führt aus, dass er aufgrund der in einer Schulung bezüglich der Wahl des Beirates für Migration und Integration erworbenen Erkenntnisse mitteilen kann, dass darunter beispielsweise Spätaussiedler und deren Abkömmlinge sowie eingedeutschte Migranten zu fassen seien.

Ratsmitglied Danner möchte wissen, ob es festgelegte Kriterien für das Vorliegen eines Migrationshintergrundes gibt und wer dafür zuständig ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass dafür das Hauptamt zuständig sei und die entsprechenden Unterlagen den Fraktionen zugehen werden.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Die Wahl des Beirates für Migration und Integration der Stadt Zweibrücken wird am Sonntag, dem 8. November 2009, durchgeführt.

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

Punkt 12: Bewerbung als Austragungsort der Landesgartenschau 2014

Der Vorsitzende verweist auf den der Stadtratsdrucksache Nr. 36 zugrunde liegenden Antrag der FDP-Fraktion vom 10.08.2009.

Ratsmitglied Dr. Hitschler führt aus, dass der Antrag bezüglich der Bewerbung als Austragungsort der Landesgartenschau 2014 in der letzten Legislaturperiode des Stadtrates auf einen Zeitpunkt nach der Wahl vertagt worden sei.

In einer solchen Bewerbung sehe die FDP-Fraktion eine große Chance für die Stadt Zweibrücken insbesondere mit Blick auf deren einmalige Geschichte. In diesem Zusammenhang könnte die städtebauliche und landschaftsgärtnerische Struktur der Stadt neu aufgepolstert werden.

Er sei überzeugt, dass sich die Schuldensituation der Stadt Zweibrücken durch die Durchführung einer Landesgartenschau nicht vergrößern und dass eine Kosten- und Ertragsrechnung ein positives Ergebnis aufweisen werde, wenn ein attraktives Konzept umgesetzt werde.

Die Lage der Stadt Zweibrücken sei im Rahmen der Achse Paris-Frankfurt sehr gut für Investoren. Eine Landesgartenschau könne den Standort noch anziehungskräftiger machen und dazu beitragen, gute Lebensverhältnisse zu schaffen. Die FDP-Fraktion schlägt deshalb vor, den Antrag zur weiteren Beratung an den Bau- sowie den Hauptausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann führt aus, dass er es in der heutigen Sitzung durchaus für angemessen halte, eine Grundsatzentscheidung zu diesem Thema zu treffen. Die von der FDP-Fraktion angestellten Überlegungen seien durchaus verlockend und auch bereits ansatzweise mit dem Themenweg „Gärten und Landschaft“ umgesetzt worden.

Begrüßenswert sei natürlich, dass durch die Gewährung von Zuschüssen durch das Land der Rosengarten und die Fasanerie aufgewertet werden könnten.

Er bezweifle jedoch, dass sich die Erwartung der FDP-Fraktion, nämlich durch eine Landesgartenschau auch Besucher des DOZ in die Innenstadt zu locken, erfüllen werde.

Bezug nehmend auf den Vorschlag zum Bau eines gläsernen Gewächshauses zwischen dem Helmholtz-Gymnasium und dem AWO-Altenheim erklärt Dr. Pohlmann, dass dies aufgrund der Kosten für Reinigung, Heizung, Klimatisierung und Vandalismusschäden zu hohen Verlusten führen werde.

Auch die Meinung der FDP-Fraktion, dass sich die Kosten in Grenzen halten werden, könne er angesichts der leeren Kassen nicht teilen. Die Idee der FDP-Fraktion sei nicht umsetzbar und erst recht nicht dauerhaft zu erhalten. Darüber hinaus sei anzuzweifeln, ob Besucher der Landesgartenschau auch in künftigen Jahren Zweibrücken besuchen werden. Dies sei nur dann der Fall, wenn jedes Jahr neu investiert werde.

Das Gelände auf dem die Landesgartenschau stattfinden soll, sei sehr lang gestreckt. Dies stelle zum einen eine problematische Lage für Menschen mit Gehbehinderung dar und andererseits sei dadurch die Begrenzung des vorgesehenen Areals sehr schwer zu realisieren.

Die Idee einer Landesgartenschau sei gut; sie bleibe aber dennoch ein Verlustgeschäft.

Ratsmitglied Schiller führt aus, dass man nicht von vornherein eine Grundsatzentscheidung für oder gegen die Landesgartenschau treffen sollte, sondern wie von der FDP-Fraktion vorgeschlagen, die Grundsätze und die Umsetzbarkeit zunächst im Bau- und Hauptausschuss beraten sollte.

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Ratsmitglied Graßhoff erklärt, dass die SPD bereit sei, eine Grundsatzentscheidung bereits in der heutigen Sitzung zu treffen, da sie das von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Konzept ablehne. Die Überlegungen der FDP-Fraktion zielten eher darauf ab, die Stadt an den Stellen, an welchen sie bereits schön und grün sei, noch schöner bzw. grüner zu gestalten. Darüber hinaus müsse auch gesehen werden, dass die angedachten Örtlichkeiten der Landesgartenschau teilweise mehrere Kilometer voneinander entfernt liegen. Es stelle sich die Frage, an welcher Stelle auf einem solch großflächigen Areal ein Kassenhäuschen aufgestellt werden solle und wie beispielsweise Fasanerie oder Fußgängerzone für die Landesgartenschau abgesperrt werden können.

Anders sei beispielsweise die Lage in Landau. Dort sei für die Landesgartenschau das Areal einer stillgelegten Kaserne vorgesehen, welches gut abzusperren sei und im Gegensatz zu einer Inanspruchnahme der Zweibrücker Fasanerie oder Fußgängerzone für die Landesgartenschau keine Nutzungseinschränkung für die Bevölkerung darstelle.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling führt aus, dass er mit den Mitarbeitern des Bauamtes gesprochen habe und diese keine Bedenken gegen die Austragung der Landesgartenschau hätten.

Ratsmitglied Dettweiler führt aus, dass die Frage der Bewerbung für die Landesgartenschau nicht pauschal abgelehnt werden dürfe und die Details zunächst im Bau- und Hauptausschuss zu erläutern seien. Dies gelte insbesondere deshalb, da sich anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Rosengartens im Jahr 2014 eine einmalige Chance biete. Eine Bewerbung habe jedoch nur dann Sinn, wenn sich der Stadtrat mit einer Mehrheit von 2/3 für die Austragung der Landesgartenschau ausspreche. Darüber hinaus bitte er die FDP-Fraktion, das Thema nicht zu populistisch auszugestalten.

Ratsmitglied Rimbrecht führt aus, dass die Frage, ob sich Zweibrücken für die Landesgartenschau 2014 bewerben soll, ein langer Entscheidungsprozess gewesen sei und keine Entscheidung von heute auf morgen. Er sehe dafür keine Mehrheit im Stadtrat. Zu beachten sei, dass bei einer möglichen Zuschussgewährung im Rahmen der Landesgartenschau diese Zuschüsse für die Zukunft angerechnet würden und deshalb Prioritäten zu setzen seien. Da Zweibrücken im Bereich der Begrünung gut ausgestattet sei, müssten die Prioritäten an anderer Stelle gesehen werden. Darüber hinaus stünden die Chancen zur Austragung der Landesgartenschau bei einem Vergleich mit der Stadt Landau schlecht. Er schlage deshalb vor, die Stadt Landau zu unterstützen, denn dadurch könnte man beispielsweise von dortiger Seite ebenfalls eine Unterstützung zum Ausbau der B 10 oder der Schienenstrecke erwarten.

Ratsmitglied Stauch hebt die Bedeutung des Zweibrücker Rosengartens als drittichtigster Rosengarten der Bundesrepublik Deutschland hervor.

Sie erklärt, dass insgesamt sowohl am Themenweg als auch in der Innenstadt mehr Rosen angebracht werden sollten und auch die Landesgartenschau im Zeichen der Rosen stehen solle.

Ratsmitglied Nunold führt aus, dass das Thema auch innerhalb der Fraktion DIE LINKE sehr kritisch diskutiert worden sei. Er schließe sich jedoch den Ausführungen von Ratsmitglied Graßhoff an, da die Stadt Zweibrücken für eine Landesgartenschau kein Geld zur

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Verfügung habe. Auf der anderen Seite verstehe er aber auch die Einwendungen von Ratsmitglied Schiller, wonach die Möglichkeit einer vorherigen Diskussion im Bau- und Hauptausschuss gegeben sein sollte.

Er erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE sich deshalb bei der heute anstehenden Entscheidung enthalten werde.

Der Stadtrat fasst folgenden

B e s c h l u s s :

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 10. August 2009 hinsichtlich einer Bewerbung als Austragungsort der Landesgartenschau 2014 wird zur weiteren Beratung an den Bau- sowie den Hauptausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen

3 Enthaltungen

16 Nein-Stimmen

An der Abstimmung nahmen 37 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:

41 – 1 x

60 – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

- Punkt 13:**
- a) **Änderung der Ausbaubeitragsatzung der Stadt Zweibrücken durch die Einführung wiederkehrender Beiträge; Vorausgehende Beratung der Kernelemente einer Ausbaubeitragsatzung mit wiederkehrenden Beiträgen und Information der Bürger**
 - b) **Vorbereitung der Bürgerbefragung zum Thema wiederkehrende Beiträge; Auftrag an die Verwaltung**

Der Vorsitzende verweist auf die zugrunde liegenden Anträge der FDP-Fraktion vom 10. August 2009 und der SPD-Fraktion vom 30.06.2009 sowie die entsprechenden Stadtratsdrucksachen

Nr. 37 und 20 und erklärt, dass die beiden Punkte zusammen behandelt werden.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Er führt aus, dass sich der Stadtrat zunächst darüber klar werden müsse, wie eine künftige Satzung durch die Einführung wiederkehrender Beiträge aussehen soll. Deshalb müsse zunächst Einigkeit in verschiedenen Punkten geschaffen werden. Es müsse zunächst geklärt werden, ob ein einheitliches Abrechnungsgebiet geschaffen werden soll oder ob die Vororte ausgegliedert werden und ein eigenes Abrechnungsgebiet bilden. Diese Entscheidung beeinflusse die Höhe des von dem Einzelnen zu zahlenden Beitrages.

Weiterhin müsse geklärt werden, in welchem Verhältnis der gesamte Aufwand zwischen öffentlicher Hand und den Privaten aufgeteilt werden soll und welche Zuschlagsregelung für die unterschiedliche Grundstücksnutzung festgesetzt wird. Letztlich sei dann noch über den Beitragssatz pro Quadratmeter beitragsfähiger Fläche zu entscheiden.

Bei den genannten Entscheidungen gebe es mehrere Motive, von denen sich der Stadtrat leiten lassen könne. Beispielsweise könne man pro Jahr so viele Straßen ausbauen, wie bei der Finanzrechnung abgeschrieben werden können oder man legt aufgrund des erhöhten Straßenausbaubedarfes in Zweibrücken die Ausbauleistung in den ersten beiden 5-Jahresplänen auf einem hohen Niveau fest, was jedoch dazu führen würde, dass von den Bürgern ein sehr hoher Beitrag gefordert werden müsste.

Eine weitere Alternative sei, nichts zu tun und keinen Beitrag zu erheben. Dies sei jedoch die schlechteste Alternative, da dadurch das Straßennetz in Zweibrücken kaputt gehen würde.

Die letzte und von der FDP-Fraktion favorisierte Alternative sei, sich an der Belastbarkeit der Bürger zu orientieren und zu hinterfragen, welcher Beitrag angesichts der Wirtschaftslage für die Bürger zumutbar sei.

Wenn diese Punkte geklärt sind, könnten Modellrechnungen für einzelne Grundstücke durchgeführt werden oder aber man zieht beispielhaft den Beitragssatz heran, welcher in den Satzungen anderer Städte festgelegt ist und führt auf dieser Grundlage Modellrechnungen durch.

Die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Durchführung einer Bürgerbefragung halte er nicht für den richtigen Weg.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt an dieser Stelle, dass die Verwaltung bis zur nächsten Hauptausschusssitzung den Entwurf einer Satzung mit Modellrechnungen vorlegen werde. Als beispielhafte Grundstücke würden ein Grundstück in der Richard-Wagner-Straße, ein Grundstück in der Heilbachstraße und ein Grundstück in der Hofenfelsstraße herangezogen werden.

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Der Vorsitzende führt aus, dass mit Blick auf den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich einer Bürgerbefragung Überlegungen der Verwaltung dahingehend angestellt worden seien, die Bürgerbefragung gleichzeitig mit der Bundestagswahl durchzuführen. Eine entsprechende Anfrage beim Landeswahlleiter habe ergeben, dass dieser gegen eine Zusammenlegung von Bürgerbefragung und Bundestagswahl keine Bedenken habe, sofern eine räumliche und personelle Trennung vorgenommen werde.

Der Vorsitzende führt aus, dass im Rahmen dessen jedoch vorab noch einige Punkte zu klären seien, wie beispielsweise die Frage, welcher Personenkreis im Rahmen der Bürgerbefragung herangezogen werden soll. Auch müsse sichergestellt werden, dass die Befragten nicht wiederholt ihr Votum abgeben können. Darüber hinaus könnten Personen, die per Briefwahl an der Bundestagswahl teilnehmen, nicht auch auf diesem Wege ihr Votum in Sachen der Bürgerbefragung abgeben, sondern sie müssten persönlich anlässlich der Bürgerbefragung vorstellig werden.

Ratsmitglied Schneider erklärt, dass sich die SPD-Fraktion angesichts des durch eine Bürgerbefragung verursachten hohen Aufwandes darüber geeinigt habe, dass diese nicht durchgeführt werden braucht.

Dennoch müssten Vergleichszahlen vorgelegt werden, damit die Bürger darüber informiert sind, welche Kosten auch in Bezug auf die Grundstücksgröße und die Nutzungsart auf sie zukommen würden und damit auch erkennbar ist, ob die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen auf Dauer günstiger oder teurer ist als die Erhebung von Einmalbeiträgen.

Wünschenswert sei auch der Vergleich mit wiederkehrenden Beiträgen anderer Städte. Darüber hinaus müssten Bürgerinformationen, wie beispielsweise die in der Heilig-Kreuz-Kirche oder in Oberauerbach bereits durchgeführten Bürgerinformationen, stattfinden.

Ratsmitglied Schiller weist darauf hin, dass das Thema der wiederkehrenden Beiträge bereits seit 2 Jahren den Stadtrat beschäftige. Die CDU-Fraktion habe erstmals am 30.10.2007 den Antrag gestellt, belastbare Zahlen vorzulegen. Dass dies nun geschehen soll, sei deshalb zu begrüßen.

Er erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Antrag der FDP-Fraktion auf Verweisung an den Hauptausschuss zustimmen werde.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass sich die Fraktion Grüne Liste den Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Hitschler anschließen und froh darüber sei, dass die Angelegenheit nun in Angriff genommen werde. Die Fraktion werde deshalb dem Antrag zur Verweisung an den Hauptausschuss zustimmen.

Ratsmitglied Danner erklärt, dass sich sowohl der alte als auch der neue Ortsbeirat Oberauerbach gegen die Einführung wiederkehrender Beiträge ausgesprochen habe.

Bei den Berechnungen, die nun vorgenommen werden, bitte sie dennoch um Berücksichtigung der Vororte, damit den Bürgern aufgezeigt werden kann, mit welchen Beiträgen sie bei der Einführung wiederkehrender Beiträge zu rechnen haben.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, dass es sinnvoll sei, sich an Stelle von fiktiven Berechnungen an den Beitragszahlen der Nachbarstädte Landau, Pirmasens und Hornbach zu orientieren. Es müsse gefragt werden, welche Beiträge für die Bürger zumutbar sind. Der Straßenausbau könnte somit schrittweise vorangebracht werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Stadt Zweibrücken bisher wie von Ratsmitglied Rimbrecht vorgeschlagen vorgegangen sei und auch weiterhin in dieser Art vorgehen werde.

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Ratsmitglied Dettweiler erklärt, dass die FWG-Fraktion nach wie vor die Einführung wiederkehrender Beiträge ablehne. Insbesondere in den Vororten werde durch die Einführung wiederkehrender Beiträge die Situation auftreten, dass Anwohner zur Beitragszahlung herangezogen werden, welche selbst nie in den Genuss des Ausbaus ihrer Straße kommen werden.

Wichtig sei nun, dass der Stadtrat in dieser Angelegenheit zu einer Entscheidung komme.

Ratsmitglied Kroh führt aus, dass sich im Bereich des Straßenausbaus im Gebiet von Zweibrücken schon lange nichts mehr getan habe und man Gefahr laufe, dass diese Problematik die Stadt Zweibrücken erschlagen werde.

Im Falle der Einführung wiederkehrender Beiträge sei es nicht realistisch, als Grundlage für die Beitragshöhe die Zumutbarkeit für die Bürger heranzuziehen, da die Straßen dann ausgebaut werden müssen, wenn es erforderlich ist.

Im Falle der Einführung wiederkehrender Beiträge bestehe darüber hinaus die Gefahr, dass sich die Forderungen der Bevölkerung zum Ausbau von Straßen deutlich erhöhen werden. Schließlich sei es wichtig, in dieser Thematik endlich zu einer Entscheidung zu kommen.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Dem Antrag der FDP-Fraktion vom 10. August 2009 auf Verweisung des Antrages auf Änderung der Ausbaubeitragssatzung der Stadt Zweibrücken durch die Einführung wiederkehrender Beiträge an den Hauptausschuss wird zugestimmt.

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Über den Antrag der SPD-Fraktion vom 30.06.2009 bezüglich der Vorbereitung einer Bürgerbefragung zum Thema wiederkehrende Beiträge wurde nicht abgestimmt, nachdem seitens der SPD-Fraktion erklärt wurde, dass der Aufwand zur Durchführung der Bürgerbefragung zu hoch sei (s. o.).

Verteiler:

10 – 1 x

30 – 1 x

60 – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 14: Nutzung von Abwasser im städtischen Kanalnetz zur Wärmeenergienutzung

Der Vorsitzende verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 5. August 2009 und auf die entsprechende Stadtratsdrucksache Nr. 28.

Ratsmitglied Schneider führt aus, dass die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag ein Projekt mit innovativem Charakter und Vorbildfunktion unter Mitwirkung der städtischen Töchter auf den Weg bringen möchte.

Auch mache es Sinn, dass der EBZ als Kanalnetzbetreiber die Federführung übernehmen solle, denn es müsse zunächst auch noch festgestellt werden, an welchen Stellen im Kanalnetz Potenziale zur Wärmeenergienutzung vorhanden sind.

Um aus dem Abwasser Wärme gewinnen zu können, bedürfe es einer Menge von 11 bis 15 Liter Abwasser pro Sekunde. Die Umsetzungsstrategie soll von der Verwaltung erarbeitet werden.

Im Rahmen dieses Projektes sollten z. B. die Erstellung von Energiekarten und auch Projekt bezogene Ansätze geprüft werden, die sich jedoch wirtschaftlich rechnen müssten.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass die Idee, aus Abwasser Wärme zu gewinnen, sehr zu begrüßen sei, jedoch habe ihres Wissens der EBZ in dieser Angelegenheit bereits konkrete Pläne. Es stelle sich somit die Frage, ob die Verwaltung selbst hier auch nochmals tätig werden muss.

Auf Hinweis von Ratsmitglied Schiller beantragt Ratsmitglied Schanne-Raab sodann, dass der Antrag der SPD-Fraktion an den Verwaltungsrat des EBZ verwiesen wird.

Ratsmitglied Dr. Bock erklärt, dass es wünschenswert sei, wenn in diesem Zusammenhang konkrete Zahlen hinsichtlich einer Energiebilanz und einer finanziellen Bilanz vorgelegt werden würden.

Ratsmitglied Schneider nimmt Bezug auf die Ausführungen von Ratsmitglied Schanne-Raab und erklärt, dass der EBZ sich bislang noch nicht mit der Erstellung von Energiekarten befasst habe. Mit einer Verweisung der Angelegenheit an den Verwaltungsrat des EBZ sei er einverstanden.

Nachdem Bürgermeister Heller während der Diskussion im Rahmen des Tagesordnungspunktes erklärt hat, dass der Verwaltungsrat des EBZ den Antrag der SPD-Fraktion freiwillig behandeln werde, erklärt Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling, dass darüber deshalb nicht mehr abgestimmt werden müsse.

Es sei lediglich noch über den grundsätzlichen Antrag der SPD-Fraktion abzustimmen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Dem Antrag der SPD-Fraktion vom 5.8.2009 bezüglich der Nutzung von Abwasser im städtischen Kanalnetz zur Wärmeenergienutzung wird zugestimmt.

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

60 – 1 x

EBZ – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 15: Einweihung des „Paul-Strauß-Platz“ am 29.08.2009 in Ernstweiler

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 30 und dem zugrunde liegenden Antrag der CDU-Fraktion vom 4.8.2009.

Vorab erklärt der Vorsitzende, dass das Problem bereits im Ältestenrat und Bauausschuss behandelt worden sei. Das Ortskartell Ernstweiler habe den Antrag gestellt, den Platz vor dem Gasthaus Beisl in „Paul-Strauß-Platz“ zu benennen. Es liege eine eindeutige Stellungnahme der SPD-Fraktion vor, wonach Paul Strauß mit der Benennung einer Straße und nicht eines Platzes beehrt werden solle. Die Verwaltung habe auch bereits entsprechende Straßen ins Auge gefasst.

Nun sei in der Zeitschrift „Ernstweiler Ausblick“ ohne Zutun der Verwaltung zu lesen gewesen, dass der Platz vor dem Gasthaus Beisl als „Paul-Strauß-Platz“ eingeweiht werden soll.

Der Vorsitzende führt aus, dass der Platz aufgrund des Engagements des früheren Beigeordneten Dettweiler sehr schön gelungen sei; er selbst habe als Privatperson eine Linde für den Platz gespendet, um gegenüber der historischen Zigeunerkapelle an die Bürgerinnen und Bürger zu erinnern.

Die Einweihung solle am kommenden Wochenende stattfinden. Er wäre selbst gerne erschienen, um an der Einweihung teilzunehmen und den Beteiligten und den engagierten Ernstweiler Bürgerinnen und Bürgern seinen Dank auszusprechen; aus persönlichen Gründen sei er jedoch an der Teilnahme verhindert.

Ratsmitglied Schiller erklärt klarstellend, dass die CDU-Fraktion nichts gegen die Ernennung einer Straße oder eines Platzes nach Paul Strauß habe, da dieser sich um die Stadt verdient gemacht habe. Dem Antrag der CDU-Fraktion liege lediglich zugrunde, dass im „Ernstweiler Ausblick“ nun zu lesen gewesen sei, dass der Platz vor dem Gasthaus Beisl als „Paul-Strauß-Platz“ eingeweiht werden solle und dies dem am 3.6.2008 gefassten Beschluss des Bau- und Umweltausschusses widerspreche. Dort sei entschieden worden, dass der Platz nicht in „Paul-Strauß-Platz“ umbenannt wird, wobei sich die SPD-Fraktion mit der Begründung dagegen ausgesprochen habe, dass kein Platz, sondern eine Straße nach Paul Strauß benannt werden solle.

Ratsmitglied Düker führt aus, dass der von Ratsmitglied Schiller angesprochene Beschluss einstimmig gefasst worden sei. Der in Rede stehende Platz sei vor dessen Umbau ein Hangstück gewesen, welches als Parkplatz gedient habe. Unabhängig davon, ob der Platz vor dem Gasthaus Beisl nun im Volksmund „Paul-Strauß-Platz“ heißen werde, lege die SPD-Fraktion Wert darauf, dass die Verdienste von Paul Strauß durch die Benennung einer Straße gewürdigt werden.

Ratsmitglied Dettweiler erläutert, dass die Linde, wie bereits von Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling angesprochen, von diesem als Privatperson gespendet worden sei und sich die Bundestagsabgeordnete Frau Lydia Westrich mit einer Spende an der dort aufgestellten Bank beteiligt habe.

Ratsmitglied Dr. Hitschler teilt mit, dass der Platz gut aufgewertet werden könnte und er durchaus die Möglichkeit sehe, den Wunsch der Ernstweiler Bürger durch einen Beschluss des Stadtrates bestätigen zu lassen.

Verteiler:

60 – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

- Punkt 16:**
- a) **Beschränkung von Nazi-Auftritten in Zweibrücken**
 - b) **Einrichtung eines Runden Tisches zur Diskussion und Klärung eines einheitlichen Vorgehens gegen die rechte Szene in Zweibrücken**

Der Vorsitzende verweist auf die zugrunde liegenden Anträge der Fraktion Grüne Liste vom 13.08.2009 und der FDP-Fraktion vom 15.08.2009 sowie die entsprechenden Stadtratsdrucksachen Nr. 38 und 40.

Ratsmitglied Schanne-Raab führt aus, dass es in Zweibrücken in diesem Jahr bereits zwei größere Demonstrationen der rechten Szene gegeben habe. Zweibrücken laufe damit Gefahr, das Image eines rechten Aufmarschgebietes zu erhalten und müsse deshalb alles Mögliche unternehmen, um dies zu vermeiden.

Sie bittet deshalb den Oberbürgermeister, mit Hilfe der juristischen Fachkräfte nach rechtlichen Mitteln zu suchen, um die Aufmarschmöglichkeiten der Rechten zu reduzieren. Dies sei auch im Sinne der Zweibrücker Bürgerinnen und Bürger sowie der Geschäftsleute.

Der Vorsitzende erklärt, dass man den aufkommenden Demonstrationstourismus in Zweibrücken bekämpfen müsse.

Ratsmitglied Kaiser erläutert, dass der Antrag der FDP-Fraktion insoweit über den Antrag der Fraktion der Grünen Liste hinaus gehe, als in dem Antrag der FDP-Fraktion gefordert werde, nicht nur zu reagieren, sondern auch aktiv zu werden, um den Demonstrationen sowohl von der rechtsradikalen, als auch der linksradikalen Szene entgegen zu wirken. Deshalb solle ein Runder Tisch einberufen werden, bei welchem sich all diejenigen beteiligen können, welche ein Interesse daran haben, den Demonstrationen der rechten Szene in Zweibrücken Einhalt zu gebieten.

Sie bittet weiterhin darum, einen zeitnahen Termin zu vereinbaren, um schnell dauerhafte Handlungsstrategien gegen die rechte Szene zu entwickeln.

Ratsmitglied Schiller führt aus, dass er ergänzend beantragen möchte, dass ein Arbeitskreis von Juristen einberufen wird, welcher sich mit der Frage beschäftigt, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen eine Demonstration der rechten Szene nicht zugelassen werden kann. Dabei sollen auch die Verbotsverfügungen der Städte Wunsiedel und Hannover herangezogen werden, welche bis zum Bundesverfassungsgericht standgehalten haben.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er im Rahmen der letzten Demonstration mit Ratsmitglied Rimbrecht gemeinsam überlegt habe, wie man diese Demonstration verbieten könne. Auch sei er allen Hinweisen nachgegangen, welche auf rechtlich standhafte Verbotsverfügungen anderer Städte hingewiesen haben. Bei allen Fällen habe sich jedoch herausgestellt, dass auch Verbote in den anderen Städten nicht durchgegriffen haben. Ausnahmen bilden lediglich die Städte Wunsiedel und Hannover. In der Stadt Wunsiedel sei die Besonderheit, dass sich dort das Grab von Rudolf Hess befinde und deshalb dort die Demonstrationen verboten werden konnten; in Hannover seien die ausgerufenen Chaostage der Hintergrund des Demonstrationsverbots gewesen.

Bezug nehmend auf die Vorschläge von Ratsmitglied Kaiser und Ratsmitglied Schiller erklärt der Vorsitzende, dass er sowohl den Runden Tisch als auch einen Beirat von Verfassungsrechtlern ins Leben rufen wolle und darüber hinaus die jungen Leute, welche sich

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

für die Demokratie einsetzen wollen, schulen lassen werde, um ihnen aufzuzeigen, was sie im Rahmen einer Demonstration tun dürfen und was nicht.

Ratsmitglied Düker erklärt, dass er die Vorschläge der Ratsmitglieder Kaiser und Schiller begrüße.

Er führt weiter aus, dass er bei der Demonstration am 08.08.2009 zugegen gewesen sei und in dem Kessel gestanden habe. Als er diesen verlassen wollte, um mit einem Bekannten zu sprechen, habe ihm ein Polizeibeamter rüde mitgeteilt, dass er an Ort und Stelle zu bleiben habe. Im Übrigen sei das gesamte Verhalten der Polizei in dieser rüden Art und auf sehr brutale Weise abgelaufen. Ein Hinwirken auf Deeskalation durch die Polizei sei in keiner Weise zu erkennen gewesen.

Ratsmitglied Rimbrecht führt aus, dass die rechte Szene vorgebe, die Demokratie schützen zu wollen, in Wahrheit ziele sie jedoch darauf ab, diese zu vernichten und couragierte Menschen einzuschüchtern. Schlimm sei, dass die Rechtsradikalen ihre Vorgänger nicht trotz ihrer bösen Taten, sondern gerade wegen ihrer bösen Taten verehren.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, dass die rechte Szene deshalb zu Demonstrationen nach Zweibrücken komme, weil ältere Zweibrücker Herrschaften ihnen dafür Geld geben. Dieser Geldfluss müsse gestoppt werden.

Es sei wichtig darauf zu achten, dass kein Keil zwischen die demokratischen Bürger und die Polizei getrieben werde.

Die Auflagen, die das Ordnungsamt und das Rechtsamt ausgearbeitet hätten, seien sehr gut gewesen, jedoch von den Rechten nicht eingehalten worden. In Zukunft solle deshalb darauf geachtet werden, dass die Auflagen eingehalten werden, damit die rechte Szene das Interesse an Demonstrationen in Zweibrücken verliert.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Den Anträgen der Fraktion Grüne Liste vom 13.08.2009 und der FDP-Fraktion vom 15.08.2009 wird zugestimmt.

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
32 – 1 x

Punkt 17: Verkehrsberuhigung in der Jakob-Leyser-Straße

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf den Antrag der Grünen Liste vom 13.08.2009 und die entsprechende Stadtratsdrucksache Nr. 39.

Ratsmitglied Schanne-Raab führt aus, dass die Jakob-Leyser-Straße einer hohen Verkehrsbelastung ausgesetzt sei. Es herrsche ein starker Anliegerverkehr aufgrund des dort angesiedelten Wichern-Hauses und der ansässigen Betriebe. Gleichzeitig versuchten viele Autofahrer über die Jakob-Leyser-Straße die Ampel an der Kreuzung Poststraße/Kaiserstraße zu umgehen. Dadurch komme es zu großen Behinderungen in der Jakob-Leyser-Straße. Gerade mit Blick auf die im Wichern-Haus lebenden älteren Menschen werde vorgeschlagen, dass die Jakob-Leyser-Straße dem Anliegerverkehr gewidmet sein soll. Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass sie sich bewusst sei, dass das Thema normalerweise für den Arbeitskreis für Verkehrssicherheit bestimmt sei. Dieser Arbeitskreis tage jedoch zu selten, so dass es auch vorstellbar sei, die Angelegenheit im Bauausschuss behandeln zu lassen.

Ratsmitglied Hahn erklärt, dass die Angelegenheit für den Arbeitskreis für Verkehrssicherheit bestimmt sei. Er führt weiter aus, dass dem Problem auf andere Weise als durch Sperrung für den Durchgangsverkehr oder die Anbringung einer Geschwindigkeitsbegrenzung zu begegnen sei. Beispielsweise könnte die Ampelschaltung für Linksabbieger verbessert werden und verhindert werden, dass Pkw-Fahrer nach links auf den Parkplatz der VR-Bank fahren, wodurch Staus entstünden. Weiterhin sei der Rechtsabbiegerstreifen der Kreuzung zu kurz, wodurch ebenfalls Staus entstünden.

Ratsmitglied Schiller erläutert, dass die Angelegenheit bereits vor zwei Jahren vom Bau- und Umweltausschuss an den Arbeitskreis für Verkehrssicherheit verwiesen worden sei; seitdem habe sich in der Angelegenheit nichts mehr getan.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Verweisung der Angelegenheit an den Bau- und Umweltausschuss entscheiden.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Der Stadtrat stimmt der Verweisung des Antrages der Fraktion Grüne Liste vom 13.08.2009 bezüglich der Verkehrsberuhigung in der Jakob-Leyser-Straße an den Bau- und Umweltausschuss zu.

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

32 – 1 x

60 – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Punkt 18: Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 24.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt die über- und außerplanmäßigen Ausgaben erheblichen Umfangs entsprechend der Darstellung in der Stadtratsdrucksache Nr. 24 und der Anlage zur Stadtratsdrucksache Nr. 24.

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

14 – 1 x

20 – 1 x

Punkt 19: Anfragen von Ratsmitgliedern

1 Anfragen von Ratsmitglied Schneider

a) Verfügung bezüglich Nazi-Märsche

Ratsmitglied Schneider nimmt Bezug auf die Verfügung, die anlässlich der Nazi-Märsche erlassen worden ist und fragt an, ob eine Ergänzung dieser dahingehend möglich sei, dass bei solchen Aufmärschen zum einen der ordentliche Geschäftsbetrieb problemlos ablaufen kann und zum anderen der Zugang zu öffentlichen Plätzen, wie beispielsweise dem Schlossplatz, gegenüber Bürgerinnen und Bürgern möglich bleibt.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

b) Äußerungen der Frauenbeauftragten zum Anteil der Frauen in den Fraktionen

Ratsmitglied Schneider führt aus, dass in den Zeitungen zu lesen gewesen sei, der Zweibrücker Stadtrat nehme im Hinblick auf den Frauenanteil den vorletzten Platz in Rheinland-Pfalz ein. In den entsprechenden Artikeln seien auch Aussagen einer Mitarbeiterin der Verwaltung zitiert worden, welche sich diesbezüglich geäußert habe. Er möchte deshalb von der Verwaltung wissen, wie sie zu solchen Meinungsäußerungen der Mitarbeiter in Bezug auf politische Belange stehe. Nach Ansicht von Ratsmitglied Schneider stehen solche Aussagen den Verwaltungsmitarbeitern und auch der Verwaltungsspitze nicht zu.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Verwaltung die geäußerte Meinung der Gleichstellungsbeauftragten teilt und dass es gerade deren Aufgabe sei, Themen in Bezug auf Frauen aufzugreifen und zu behandeln.

c) Engagement der Frauenbeauftragten in Bezug auf die Besetzung von Amtsleiterstellen

Ratsmitglied Schneider fragt an, wie das Engagement der Frauenbeauftragten in Bezug auf die Besetzung von Amtsleiterpositionen ausgesehen habe.

Antwort der Verwaltung:

Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Frauenbeauftragte während sämtlicher Besprechungen dabei gewesen sei und sich dabei in dem Maße eingebracht habe, wie man es von einer Frauenbeauftragten zu erwarten habe; sie sei ihrer Aufgabe gerecht geworden.

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

2 Anfragen von Ratsmitglied Schiller

a) Bleicherbach

Ratsmitglied Schiller möchte wissen, warum der Bleicherbach zum jetzigen Zeitpunkt ausgebaggert werde. Die aktuelle Wetterlage verursache einen unangenehmen Geruch, was gerade im Hinblick auf die Bootsaison, die Minigolfsaison und die Badesaison ungünstig sei.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

b) Gerüst am Hilgardhaus

Ratsmitglied Schiller erklärt, dass derzeit ein Gerüst der Firma Benoit am Hilgardhaus angebracht sei. Er möchte deshalb wissen, was dort passiere.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende führt aus, dass Gespräche mit dem Investor geführt würden, an welchen unter anderem auch Bürgermeister Heller beteiligt sei. Es seien Dinge in Bearbeitung, die jedoch zurzeit nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien.

c) Protokoll Arbeitskreis für Verkehrssicherheit

Ratsmitglied Schiller regt an, dass im Arbeitskreis für Verkehrssicherheit künftig ein Protokoll geführt werde.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling übergibt das Wort an den Leiter des Ordnungsamtes, Herrn Holderbaum. Dieser erklärt, dass im Arbeitskreis für Verkehrssicherheit nach wie vor ein Protokoll erstellt werde, dafür sei im Wechsel die Polizei und die Straßenverkehrsbehörde zuständig. Das Protokoll der letzten Sitzung sei derzeit noch in Bearbeitung.

d) Resolution Werbegemeinschaft

Ratsmitglied Schiller erklärt, dass der CDU-Fraktion eine Resolution der Werbegemeinschaft (vermutetes Datum: 3.6.2009) zugegangen sei, in welcher es unter anderem um die Freigabe des Schlossplatzes zum Parken, um die Erhöhung der Kurzparkzeit auf 1 ½ Stunden und die Öffnung der Gutenbergstraße und des Schlossgartens gehe.

In dieser Resolution seien einige Punkte enthalten, denen er nicht zustimmen könne. Er frage deshalb an, ob und wie die Verwaltung bereits reagiert habe und ob eine Stellungnahme zur Resolution noch Gegenstand in einem Ausschuss sein wird, was er sehr begrüßen würde.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling führt aus, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

3 Anfragen von Ratsmitglied Kaiser

a) Entwicklung Schullandschaft

Ratsmitglied Kaiser möchte wissen, wie der Sachstand im Hinblick auf die Entwicklung der Schullandschaft ist.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling übergibt das Wort an den zuständigen Beigeordneten Franzen. Dieser führt aus, dass das Konzept der Stadt Zweibrücken noch nicht die Billigung der ADD erhalten habe. Anschließend verliest er aus einem Schreiben der ADD, wonach diese noch Klärungsbedarf in Bezug auf Fragen eines demografiefesten Angebotes an Wegen zu höheren Bildungsabschlüssen auch im Hinblick auf die Entwicklung im Landkreis Südwestpfalz sehe. Weiterhin erkläre die ADD, dass die Anträge der Stadt Zweibrücken für die Realschule Plus im Hinblick auf ein mögliches Wahlverhalten von Eltern einer kritischen Betrachtung unterzogen würden.

Beigeordneter Franzen erläutert zum zweiten von der ADD angesprochenen Punkt, dass die ADD damit wohl Bezug auf die in Zweibrücken geplante Realschule Plus in integrativer Form nehme; eine kooperative Form sei in Zweibrücken nicht vorgesehen. Das Landesgesetz sehe aber vor, dass den Eltern vor Ort alle Wahlmöglichkeiten aufgezeigt werden sollen. Bezug nehmend auf den ersten von der ADD angesprochenen klärungsbedürftigen Punkt, führt der Beigeordnete aus, dass er kein Verständnis dafür habe, falls man mit dieser Aussage das Zweibrücker Konzept vor dem Hintergrund der Entwicklung in Contwig dahingehend beleuchten will, dass Zweibrücken der Schule in Contwig „Wasser abgraben“ wolle. Dies sei nicht der Fall.

Beigeordneter Franzen führt weiter aus, dass in der nächsten Woche ein Termin zur Klärung der Auslegung des Schreibens vereinbart sei.

b) Fußgängerampel an der Thomas-Mann-Schule

Ratsmitglied Kaiser erkundigt sich nach dem Sachstand der geplanten Fußgängerampel an der Thomas-Mann-Schule.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling übergibt das Wort an Ratsmitglied Dettweiler (ehemaliger Baudezernent). Ratsmitglied Dettweiler führt aus, dass die Ampel derzeit eingerichtet werde.

4 Anfrage von Ratsmitglied Rimbrecht

Firma Key-Systems

Ratsmitglied Rimbrecht bedauert die Entscheidung der Firma Key-Systems, welche sich während einer Phase von einem Jahr für eine Ansiedlung in St. Ingbert entschieden habe. Dies sei deshalb bedauerlich, da diese Firma ein expandierendes Unternehmen mit guten Zukunftsaussichten sei. Nachteilig sei sicherlich auch gewesen, dass in der Stadt Zweibrücken ein Gewerbesteuerhebesatz in Höhe von

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

über 400 % bestehe, während St. Ingbert den Hebesatz auf 270 % festgelegt habe. Ihn interessiere, welche Versuche die Verwaltung unternommen habe, um ein geeignetes Grundstück für die Firma zu finden und diese zu unterstützen. Weiterhin möchte er wissen, ob die Gerüchte stimmten, wonach die Firma nach Gesprächsterminen gesucht, diese jedoch nicht rechtzeitig erhalten habe.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling nimmt Bezug auf das von Ratsmitglied Rimbrecht angesprochene Gerücht und erklärt, dass dies schlichtweg eine Lüge sei; die Wirtschaftsförderung und auch er selbst hätten sehr intensive Gespräche mit der Firma geführt. Es sei jedoch nicht angebracht im öffentlichen Teil zu berichten, was dabei verhandelt worden sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass er die Entscheidung der Firma sehr bedauere, da ihm gerade die Firma Key-Systems aus zwei Gründen besonders am Herzen gelegen habe. Zum einen sei es sein erster und besonders wichtiger Ansiedlungserfolg gewesen und zum anderen kenne er die Inhaberfamilie gut. Als sich gezeigt habe, dass das Unternehmen in Zweibrücken aus allen Nähten platzt, habe er alle möglichen Hilfsmittel herangezogen. Es seien mit Hilfe von Verbandsgemeindebürgermeister Pirmann Gespräche mit dem Zweckverband geführt worden und auch das Ministerium sei eingebunden gewesen.

Da sich die Firma Key-Systems während ihrer Ansiedlung in Zweibrücken gut entwickelt habe, werde er die Kontakte nicht abbrechen lassen und auch die Hoffnung nicht aufgeben, die Firma noch mal in Zweibrücken begrüßen zu dürfen.

5 **Anfrage von Ratsmitglied Danner**

DSL-Anschluss in Oberauerbach und Mörsbach

Ratsmitglied Danner erinnert, dass sie bereits mehrfach den Antrag gestellt habe, einen DSL-Anschluss in Oberauerbach einzurichten. Auch die Vororte Oberauerbach und Mörsbach benötigten diese Technologien.

Sie möchte deshalb wissen, ob die Anträge weitergeleitet worden sind und wie der Sachstand in dieser Angelegenheit ist.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass er ihr diesbezüglich eine genaue Auflistung durch die Wirtschaftsförderung zukommen lassen werde.

6 **Anfragen von Ratsmitglied Kroh**

a) **Beteiligung der Stadt am Rosenmuseum**

Ratsmitglied Kroh führt aus, dass Ratsmitglied Stauch vor der Ratssitzung das Rosenmuseum vorgestellt habe. Er fragt an, ob die Stadt auch einen Beitrag zu dem Rosenmuseum geleistet habe.

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling übergibt das Wort an Ratsmitglied Stauch. Ratsmitglied Stauch führt aus, dass die Stadt das Gebäude zur Verfügung gestellt habe und auch für die anstehende Renovierung des Daches, der Fenster und der Türen aufkommen werde.

- b) Möglichkeit eines kostenlosen Zutritts zum Rosengarten auch für außerhalb von Zweibrücken liegende Schulen

Ratsmitglied Kroh erläutert, dass er es im Rahmen der Werbung für den Rosengarten sehr positiv ansehe, dass es Zweibrücker Schülern ermöglicht werde, den Rosengarten kostenlos zu besuchen. Damit steige die Chance, dass diese auch in späteren Jahren nochmals den Rosengarten aufsuchen werden.

Er möchte wissen, ob diese Möglichkeit des kostenlosen Zutritts in den Rosengarten auch auf außerhalb von Zweibrücken liegende Schulen ausgeweitet werden könne.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

7 **Anfragen von Ratsmitglied Metzger**

- a) Dorfmittelplatz Rimschweiler

Ratsmitglied Metzger möchte wissen, wie der Sachstand in Bezug auf den Dorfmittelplatz ist und wann mit einer Fertigstellung gerechnet werden könne.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Fertigstellung des Dorfmittelpunktes ein persönliches Anliegen von ihm sei und dass man auf einem guten Weg sei.

- b) Standort Feuerwehr Rimschweiler

Ratsmitglied Metzger fragt an, ob inzwischen ein Standort für die Feuerwehr in Rimschweiler gefunden worden sei. Dies sei wichtig, da eine Unterstellmöglichkeit Voraussetzung für das benötigte neue Feuerwehrfahrzeug sei.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass ein Standort in Aussicht sei. Diesbezüglich werde nächste Woche ein Treffen mit Ortsvorsteher Pirmann und Ratsmitglied Zahler stattfinden. Auch Frau Metzger könne daran teilnehmen.

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

c) Unwetter im Mai 2008

Ratsmitglied Metzger nimmt Bezug auf das Unwetter vom Mai 2008 und fragt an, ob nach dem Unwetter, welches zu Schlammabgang am Eichwald geführt habe, der dortige Baumbestand hinsichtlich seiner Sicherheit überprüft worden sei und ob es stimme, dass die Gemeinderäte nicht zu dem Runden Tisch geladen worden seien.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Anfrage schriftlich beantwortet werde.

8 **Anfrage von Ratsmitglied Dr. Runge**

Beteiligung der Bundeswehr an der Wiederherstellung der Heilbachstraße

Ratsmitglied Dr. Runge fragt an, ob die Bundeswehr, welche die Heilbachstraße durch schweres Gerät und Kettenfahrzeuge besonders strapaziere, an der Wiederherstellung dieser Straße beteiligt werde.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

9 **Anfrage von Ratsmitglied Dr. Pohlmann**

Samstägliche Reinigung der Fußgängerzone

Ratsmitglied Dr. Pohlmann führt aus, dass bis vor einiger Zeit die Fußgängerzone samstags vor Geschäftsbeginn gereinigt worden sei. Dies sei nun vermutlich aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt worden. Gerade im Sommer zeigten sich jedoch Probleme mit Glasscherben und Unrat. Dies gelte insbesondere für den mit Spielgeräten ausgestatteten Bereich gegenüber dem Eiscafé Cantonati und für den Bereich des Marktplatzes. Er frage deshalb an, ob es samstags vor Geschäftsbeginn möglich sei, zumindest punktuell an diesen und evtl. auch noch an anderen Orten für eine Reinigung zu sorgen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende führt aus, dass diese Aufgabe dem EBZ übertragen worden sei und eine schriftliche Beantwortung der Anfrage erfolge.

10 **Anfrage von Ratsmitglied Dr. Bock**

Anhaltepunkt Rosengarten

Ratsmitglied Dr. Bock möchte wissen, warum die Einrichtung des Bahnhaltepunktes am Rosengarten nicht vorangetrieben werde, während sich andere Bahnhaltepunkte zumindest im Bau befinden.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

11 **Anfrage von Ratsmitglied Scherer**

Jubiläum „600 Jahre Herzogtum Pfalz-Zweibrücken“

Ratsmitglied Scherer erläutert, dass seine Fragen auf das im kommenden Jahr anstehende Jubiläum „600 Jahre Herzogtum Pfalz-Zweibrücken“ zielen. In der Stadtratssitzung am 22. Oktober 2008 habe Frau Dr. Glück-Christmann ausführlich über den Planungsstand des Jubiläums anhand einer Tischvorlage informiert. Anteil an dem historischen Erbe des Herzogtums hätten die Staaten Deutschland, Frankreich und Schweden sowie die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland. Besondere Bedeutung habe das Jubiläum für das Haus Wittelsbach und das Land Bayern. Zur Definition der Jubiläumsziele sei ein Arbeitskreis gebildet worden, der zur Forschung und zu einer größeren Ausstellung anregen solle.

Ratsmitglied Scherer möchte wissen:

- 1 Ist die Programmgestaltung abgeschlossen und wann werden die Termine veröffentlicht?
- 2 Wird die Planung der Festlichkeiten dem Stadtrat vorgestellt?
- 3 Wie wird die Bevölkerung, wie beispielsweise die Schulen und Vereine (Historischer Verein, VHS, Literarischer Verein und Kunstverein) und andere Institutionen in die Planungen mit eingebunden?
Da die genannten Einrichtungen bereits jetzt ihre Programme für das Jahr 2010 planen, sei es von Vorteil die Termine anlässlich des Jubiläums des Herzogtums frühzeitig in Erfahrung zu bringen.
- 4 Findet ein Umzug statt?
- 5 Vertreter aus der Partnerstadt Yorktown wurden zum 600-jährigen Jubiläum eingeladen. Findet dieser Besuch Berücksichtigung in der Termingestaltung?
- 6 Ist die Finanzierung gesichert?
- 7 Ist die mangelnde Barrierefreiheit in der Karlskirche – durch einen Aufzug – behoben?

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende führt aus, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

12 **Anfragen von Ratsmitglied Schanne-Raab**

a) Ermäßigte Eintrittspreise im Rosengarten für Senioren

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass sie des Öfteren darauf angesprochen werde, warum es im Rosengarten keine ermäßigten Preise für Senioren gebe.

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Antwort:

Ratsmitglied Dr. Hitschler führt aus, dass dies der Rat so beschlossen habe.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass sie das Thema dennoch wieder aufgreifen werde.

b) Polizeieinsatz anlässlich der NPD-Demonstration am 8.8.2009

Ratsmitglied Schanne-Raab führt aus, dass sie den Oberbürgermeister mit Schreiben vom 11.08.2009 anlässlich des zu hinterfragenden Verhaltens der Polizei bei der NPD-Demonstration am 8.8.2009 um die Anforderung eines Berichtes und einer Stellungnahme der Polizei gebeten habe; dies gelte gerade auch im Hinblick auf den Umgang der Polizei mit dem Leiter des Jugendamtes im Rahmen dieser Demonstration. Begrüßenswert sei unter Umständen sogar eine öffentliche Antwort der Polizei.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass er sich nach der Demonstration umgehend mit dem Jugendamtsleiter in Verbindung gesetzt habe. Den aktuellen Sachstand in dieser Angelegenheit werde im nichtöffentlichen Teil vorgetragen werden.

c) „Zug der Erinnerung“ – Hinweis von Ratsmitglied Schanne-Raab

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass es eine Bürgerinitiative gebe, welche vorschläge, den „Zug der Erinnerung“ nach Zweibrücken zu bringen. Bei der Stadt sei angefragt worden, ob ein Beitrag zu dem Projekt geleistet werden könne; dies sei jedoch aufgrund der problematischen Haushaltslage nicht möglich gewesen.

Ratsmitglied Schanne-Raab führt aus, dass sie sich um einen neuen Termin gekümmert habe. Der „Zug der Erinnerung“ könnte am 7. und 8. Oktober in Zweibrücken sein.

Da das Projekt 4.000,00 € koste, werden die im Stadtrat vertretenen Parteien und Gruppen um eine finanzielle Unterstützung gebeten.

Verteiler:

10 – 1 x

20 – 1 x

32 – 2 x

40 – 1 x

41 – 2 x

60 – 3 x

EBZ – 2 x

WiFö – 1 x

2. Sitzung des Stadtrates am 26. August 2009

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 20.37 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführer

Prof. Dr. Reichling
Oberbürgermeister

Oberamtsrat

Stadtinspektorin